

Gegen Kapp, Lüttwitz und Co.! Und für eine neue Revolution?

Vortrag bei der Konferenz der Hellen Panke »Nur eine Episode? Das gemeinsame Handeln von Linken und Demokraten gegen den Kapp-Putsch 1920« am 4. März 2020

Am 13. März 1920, einem Sonnabend, warnten alle großen deutschen Tageszeitungen in ihren Haupt- bzw. Morgenausgaben vor einem unmittelbar drohenden Staatsstreich gegen die Weimarer Republik.¹ Als die Zeitungen ihre Leser erreichten, hatte der Putsch bereits begonnen.

Seit Monaten hatte es entsprechende Gerüchte gegeben, und auch die Namen der mutmaßlichen Protagonisten waren in der Öffentlichkeit längst bekannt: General Walter von Lüttwitz, der »Vater der Freikorps«, Wolfgang Kapp, ein früherer ostpreußischer Generallandschaftsdirektor, Hauptmann Waldemar Pabst, der Mörder von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg und trotz seines vergleichsweise niedrigen Dienstgrades² einer der einflussreichsten Freikorpsoffiziere, und nicht zuletzt der vormalige Erste Generalquartiermeister in der kaiserlichen Obersten Heeresleitung, General Erich Ludendorff.

Die »Vossische Zeitung«, um einige Beispiel zu nennen, titelte an diesem Morgen: »Die Gefahr der Gegenrevolution«.³ Das »Berliner Tageblatt« berichtete von einer »Bedrohung Berlins durch einen Militärputsch«.⁴ Und die »Freiheit«, die Zeitung der USPD, sprach eindringlich von »Stunden der Gefahr« und versicherte: »Gegen die monarchistische Reaktion wird die revolutionäre Arbeiterschaft alle geeigneten Mittel anwenden, um sie niederzuwerfen.«⁵

Der »Vorwärts«, die Zeitung der SPD, sah – völlig zu Recht – »Die Republik in Gefahr« und berichtete auf der Titelseite über den »Militäraufstand in Döberitz« und den Marsch der Marinebrigade Erhardt, der wichtigsten Truppe der Putschisten, auf die Hauptstadt. Gleichzeitig kündigte der »Vorwärts« vollmundig »Schärfste Gegenmaßnahmen der Regierung« des sozialdemokratischen Reichskanzlers Gustav Bauer an.⁶

Doch im entscheidenden Augenblick war von »Gegenmaßnahmen« keine Rede mehr: Als sich maßgebliche Reichswehrgeneräle weigerten, dem Befehl des sozialdemokratischen Reichswehrministers Gustav Noske Folge zu leisten, die Putschisten zu entwaffnen und zu verhaften (»Reichswehr schießt nicht auf Reichswehr«⁷), flüchteten der sozialdemokratische

¹ Eine Ausnahme war die »Rote Fahne«. Die Zeitung der KPD berichtete unter der Überschrift »Sowjetrußlands Friedenswille« über eine Note der Regierung in Moskau an die polnische Regierung.

² Pabst wurde im Verlauf des Putsches durch von Lüttwitz zum Major befördert. Diese Beförderung wurde nach dem Ende des Putsches von der Reichsregierung faktisch anerkannt. So sprach zum Beispiel der neuernannte Reichsjustizminister Andreas Blunck in der Debatte der Nationalversammlung am 30. März 1920 ausdrücklich von »Major Pabst«.

³ Vossische Zeitung, Berlin, 13. März 1920.

⁴ Berliner Tageblatt, Berlin, 13. März 1920.

⁵ Freiheit, Berlin, 13. März 1920.

⁶ Vorwärts, Berlin, 13. März 1920

⁷ Dieser Ausspruch, auch in der Fassung »Truppe schießt nicht auf Truppe«, wird für gewöhnlich dem Chef des Truppenamtes, General Hans von Seeckt, zugeschrieben. Allerdings kann nicht belegt werden, dass von Seeckt diese Worte tatsächlich geäußert hat. Vgl. dazu: Heinrich August Winkler, Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993, S. 111.

Reichspräsident Friedrich Ebert und die Mehrzahl der Mitglieder der Reichsregierung aus Berlin, zunächst nach Dresden, dann nach Stuttgart.⁸

Bei ihrer Flucht aus Berlin hinterließen die sozialdemokratischen Mitglieder der Reichsregierung einen bemerkenswerten Appell, dem sich umgehend auch der Parteivorstand der SPD anschloss: »Der Militärputsch ist da! Die [...] Landsknechte [...] haben den Versuch unternommen, die Republik zu beseitigen und eine diktatorische Regierung zu bilden. [...] Wir haben die Revolution nicht gemacht, um uns heute wieder einem blutigen Landsknechtregiment zu unterwerfen. [...] Streikt! Schneidet dieser reaktionären Clique die Luft ab. Kämpft mit jedem Mittel um die Erhaltung der Republik! [...] Generalstreik auf der ganzen Linie!«⁹

Allerdings hatte die Führung der SPD die Revolution keineswegs »gemacht«, sie hatte im Gegenteil seit den Novembertagen 1918¹⁰, im Bündnis mit den keineswegs entmachteten ehemals kaiserlichen Militärs, alles unternommen, um die Revolution und – als das nicht gelang – deren Fortgang zu verhindern. Und sie war in Gestalt der Reichsregierung, nun im Bündnis mit der Reichswehr und den Freikorps, während des gesamten Jahres 1919 mit rücksichtsloser Gewalt gegen jeden Versuch einer wirklich revolutionären Entwicklung in Deutschland vorgegangen.

Mehr noch: Die Führung der SPD war bis zu dieser Stunde eine erklärte Gegnerin des Generalstreiks gewesen: Zwar hatte der Jenaer Parteitag der SPD im September 1905 unter dem Einfluss der Parteilinken um Rosa Luxemburg die »Massenarbeitseinstellung« in einer von August Bebel eingebrachten Resolution als »eines der wirksamsten Kampfmittel« anerkannt, um »ein politisches Verbrechen an der Arbeiterklasse abzuwehren.«¹¹ Doch bereits im darauffolgenden Jahr wurde dieser Beschluss durch das Mannheimer Abkommen mit den Gewerkschaften, die unter dem maßgeblichen Einfluss von Carl Legien den Generalstreik grundsätzlich ablehnten, de facto wieder aufgehoben. Die Position, den die offizielle SPD nun vertrat, fasste Ignaz Auer mit drei Worten zusammen: »Generalstreik ist Generalunsinn.«¹²

Jetzt, im März 1920, in der Stunde der Gefahr, sollte das nicht mehr gelten. Jetzt waren die Arbeiter aufgefordert, mit einem politischen Generalstreik eine gescheiterte Regierung zu retten.

Und auch dies ist festzuhalten: Nur Stunden nach ihrer Flucht aus Berlin distanzieren sich die Urheber des Aufrufs von Geist und Buchstaben ihrer Aufforderung zum Generalstreik.

⁸ In Berlin blieb nur Justizminister Eugen Schiffer (Deutsche Demokratische Partei) zurück, der ab 15. März 1920 eigenmächtig und ohne Genehmigung oder Rückendeckung durch den Reichspräsidenten oder den Reichskanzler Verhandlungen mit den Putschisten führte und dabei weitgehende Zugeständnisse machte.

⁹ Aufruf der sozialdemokratischen Mitglieder der Reichsregierung und des Parteivorstandes der SPD vom 13. März 1920, in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 3, Berlin (DDR) 1966, S. 583 f.

¹⁰ Es ist sicher nicht falsch, bereits den Eintritt in die kaiserliche Regierung unter Reichskanzler Max von Baden im Oktober 1918 als Versuch der Führung der SPD zu werten, den Ausbruch einer Revolution schon im Vorfeld zu verhindern.

¹¹ Resolution Bebel zu: »Der politische Massenstreik und die Sozialdemokratie«, in: Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Jena vom 17. bis 23. September 1905, Berlin 1905, S. 142 f., hier: S. 143.

¹² Dieser Ausspruch wird verschiedenen sozialdemokratischen Politikern zugeschrieben. Doch es ist wohl Karl Kautsky zu folgen, der bereits 1914 Ignaz Auer als Urheber benannte. Vgl. dazu: Karl Kautsky, Der politische Massenstreik. Ein Beitrag zur Geschichte der Massenstreikdiskussionen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie, Berlin 1914, S. 175.

Gegenüber dem Militärbefehlshaber von Dresden, General Georg Maercker, versicherten sie, dass sie niemals ihre Unterschrift unter das entsprechende Papier gesetzt hätten.¹³ Das entsprach sogar den Tatsachen, nur Reichskanzler Gustav Bauer hatte den Aufruf unterzeichnet. Den übrigen sozialdemokratischen Mitgliedern der Reichsregierung war buchstäblich keine Zeit geblieben – die Putschisten hatten bereits das Regierungsviertel erreicht und die Fluchtautos warteten mit laufenden Motoren.¹⁴

Entscheidend für den Generalstreik war der gemeinsame Aufruf der großen Gewerkschaften, den Carl Legien und Siegfried Aufhäuser unterzeichnet hatten und der vermutlich unabhängig vom Aufruf der Reichsregierung formuliert wurde.¹⁵ Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) und die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände hatten unter der Losung »Auf zum Generalstreik! Die deutsche Republik ist in Gefahr« einen »gewaltigen und erdrückenden Abwehrkampf der Arbeiterschaft« in ganz Deutschland gefordert.¹⁶

Die weitestgehenden Forderungen erhob unter dem Einfluss des linken Flügels die Führung der USPD. Ihr ging es nicht nur um die Abwehr des Staatsstreiches und die Verteidigung der Weimarer Republik, sie sah die Chance und die Notwendigkeit, die unerfüllten Aufgaben der Novemberrevolution erneut auf die Tagesordnung der Geschichte zu setzen: »Der Putsch der Offiziere und Monarchisten ist zur Wirklichkeit geworden! [...] Die bisherige Regierung ist beseitigt. [...] Es gilt den Kampf für den revolutionären Sozialismus! Gegen die Militärdiktatur! Gegen den weißen Schrecken! Gegen die Wiederherstellung der Monarchie! Tretet in geschlossener und einiger Kampffront in den Generalstreik! Vereinigt Euch zur Verteidigung Eurer Rechte! Nieder mit der Militärdiktatur!«¹⁷

In den Beratungen, die diesem Aufruf vorangingen, hatten Walter Stoecker und Artur Crispian sogar erklärt: »Haben wir die Soldateska niedergeworfen, so wird uns niemand an der Errichtung der Räterepublik hindern können.« Es entspreche »dem Geist des Marxismus [...], jede revolutionäre Situation tatkräftig auszunutzen«.¹⁸

Zwei Tage später, am 15. März 1920, veröffentlichte das Zentralkomitee der USPD in der »Leipziger Volkszeitung« einen weiteren Appell an die »Männer und Frauen des arbeitenden Volkes«, in dem es hieß: »Das Beginnen der Kapp-Lüttwitz bedeutet den Versuch einer noch schwereren Fesselung und Verfolgung der Arbeiterbewegung als jemals. Die Niederringung dieser Diktatur ist eine notwendige Etappe in dem Kampfe um die völlige Befreiung der Arbeiterklasse und den Sieg des revolutionären Sozialismus.«¹⁹

Am späten Nachmittag und frühen Abend des 13. März 1920 hatte es im Haus des Bundesvorstandes des ADGB am Berliner Engelufer – in wechselnder Zusammensetzung –

¹³ Vgl. dazu: [Georg] Maercker, Vom Kaiserheer zur Reichswehr, Leipzig 1921, S. 354.

¹⁴ Vgl. dazu: Sebastian Haffner, Die verratene Revolution – Deutschland 1918/19, Reinbek bei Hamburg 2018, eBook.

¹⁵ Vgl. dazu: Klaus Gietinger, Kapp-Putsch. 1920 – Abwehrkämpfe – Rote Ruhrarmee, Stuttgart 2020, S. 116.

¹⁶ Faksimile in: Erwin Könnemann und Hans-Joachim Krusch, Aktionseinheit contra Kapp-Putsch. Der Kapp-Putsch im März 1920 und der Kampf der deutschen Arbeiterklasse sowie anderer Werktätiger gegen die Errichtung der Militärdiktatur und für demokratische Verhältnisse, Berlin (DDR) 1972, vor S. 97.

¹⁷ So zitiert in: Dieter Engelmann und Horst Naumann, Zwischen Spaltung und Vereinigung. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands in den Jahren 1917-1922, Berlin 1993, S. 145.

¹⁸ So zitiert in: Ebenda.

¹⁹ Leipziger Volkszeitung, Leipzig, 15. März 1920.

informelle Gespräche zwischen Vertretern der USPD und der KPD auf der einen Seite sowie der SPD und der Gewerkschaften auf der anderen Seite über ein mögliches gemeinsames Vorgehen gegen den Putsch und die weiteren Ziele des Kampfes gegeben. Doch diese Gespräche blieben letztlich ohne Ergebnis.

Die USPD, unterstützt von den Vertretern der KPD²⁰, hatte jeder Fortsetzung der Regierung Ebert-Bauer-Noske widersprochen und auf die sofortige Einsetzung einer »sozialistischen Arbeiterregierung« unter Beteiligung von SPD, USPD und Gewerkschaften orientiert. Doch da diese Arbeiterregierung im Verständnis der USPD, zumindest ihres linken Flügels, ein Instrument der »Diktatur des Proletariats« sein sollte, wies die SPD den Vorschlag wegen ihrer »prinzipiellen Ablehnung der Diktatur« umgehend zurück.²¹ Im Ergebnis schloss die USPD jede weitere Zusammenarbeit mit der SPD aus.²² Artur Crispian, der nur zweieinhalb Jahre später, im September 1922, große Teile der (Rest-) USPD in den Schoß der »Mutterpartei« zurückführte und dafür – neben Hermann Müller und Otto Wels – zum dritten Vorsitzenden der SPD aufstieg, begründete an diesem 13. März 1920 seine Ablehnung eines Zusammengehens mit der SPD mit der drastischen Feststellung: »Die SPD hat uns [in der Vergangenheit] wie Hunde behandelt, da kann sie nicht von uns verlangen, jetzt alles zu vergessen.«²³ Die Frage einer gemeinsamen Regierungsbildung war damit vorläufig vom Tisch.

Die Führung der KPD hatte in der Frage der Verteidigung der Weimarer Republik zunächst eine sektiererische Haltung eingenommen: Aus ihrer Sicht handelte es sich bei dem Putschversuch nur um den Kampf zwischen »zwei gegenrevolutionären Flügeln«, verkörpert durch den sozialdemokratischen Reichspräsidenten Ebert auf der einen Seite und die kaisertreuen Putschisten Kapp und von Lüttwitz auf der anderen Seite. Mehr noch: Sie konstatierte, zumindest indirekt, eine fehlende Kampfbereitschaft und Kampffähigkeit der Arbeiter. Eine Beteiligung am Generalstreik lehnte sie daher ab. In der offiziellen Erklärung vom 13. März 1920 hieß es: »Die Ebert-Bauer-Noske sind stumm und widerstandslos in die Grube gefahren. [...] Im Augenblick des Versinkens ruft diese Gesellschaft von Bankrotteuren die Arbeiterschaft zum Generalstreik auf zur »Rettung der Republik«. [...] Das revolutionäre Proletariat [...] wird keinen Finger rühren für die in Schmach und Schande untergegangene Regierung der Mörder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs. [...] Es wird keinen Finger rühren für die demokratische Republik, die nur eine dürftige Maske der Diktatur der Bourgeoisie war.«²⁴

Allerdings war diese Erklärung nur im engsten Kreis formuliert worden. Beteiligt waren daran lediglich Wilhelm Pieck, August Thalheimer und Ernst Reuter, damals noch unter dem Namen Friesland, sowie Jacob Walcher, der sich nach eigenem Bekunden für die Teilnahme am

²⁰ Vermutlich Jakob Walcher und Georg Fuchs (Redakteur der »Roten Fahne«), vgl. dazu: Erwin Könnemann und Hans-Joachim Krusch, a.a.O., S. 172.

²¹ Vgl. dazu: Dieter Engelmann und Horst Naumann, a.a.O., S. 145 f.

²² In der USPD vollzogen sich zu dieser Zeit massive innerparteiliche Differenzierungsprozesse. Der starke linke Flügel um Ernst Däumig tendierte bereits in Richtung KPD und vollzog schließlich im Dezember 1920 den Zusammenschluss. Um die zu diesem Zeitpunkt noch bestehende organisatorische Einheit der USPD zu retten, verzichtete der rechte Parteiflügel um Rudolf Breitscheid und Artur Crispian auf eine Beteiligung an einer »sozialistischen« bzw. »Arbeiterregierung« unter Beteiligung der SPD, was sich letztlich als strategischer Fehler erwies.

²³ So zitiert in: Sebastian Haffner, a.a.O.

²⁴ Die Rote Fahne, Berlin, 14. März 1920.

Generalstreik aussprach.²⁵ Überraschen konnte diese Haltung der KPD dennoch nicht. Im Dezember 1919 – nach der Aufhebung des Belagerungszustandes – waren Mitglieder der Parteiführung in einer Reihe von öffentlichen Veranstaltungen mit Reden zur politischen Lage und den Aufgaben der KPD aufgetreten. So hatte Paul Levi, der Parteivorsitzende, öffentlich erklärt: »Die Ebert, Scheidemann, Noske können die zurückrollende Revolution nicht aufhalten. So sicher wie auf die Nacht der Morgen folgt, so sicher ist die unentrinnbare Alternative: Monarchistische Gegenrevolution oder Bolschewismus.«²⁶ Die Möglichkeit, dass die KPD unter Umständen in der Pflicht stehen könnte, die ungeliebte Weimarer Republik gegen Angriffe von rechts verteidigen zu müssen, zog er offensichtlich überhaupt nicht in Betracht. Pieck hatte am selben Tag bei einer anderen Kundgebung bereits die Position vertreten, die er auch am 13. März 1920 noch vertrat, dass nämlich »die Regierung den Belagerungszustand aufgehoben habe nicht weil Ruhe und Ordnung herrsche, sondern weil der Putsch von rechts drohe. Sie wolle das Proletariat für sich gewinnen, damit es die bürgerlich-parlamentarische Demokratie schütze. Doch die Arbeiterschaft werde nicht für die Scheidemänner kämpfen.«²⁷

Der Aufruf der KPD vom 13. März 1920 verhallte ungehört. Anders, als von dessen Verfassern unterstellt, war die Arbeiterschaft eben doch kampfbereit und kampfbeschlossen. Folgerichtig beteiligten sich auch die Kommunisten überall in Deutschland am Generalstreik und übernahmen in vielen Fällen vor Ort sogar die Führung im Kampf gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch. Unter dem Eindruck dieser Entwicklung korrigierte die Führung der KPD ihre Position bereits am nächsten Tag, also am 14. März 1920, und rief in einem Flugblatt nun gleichfalls zum Generalstreik auf: »Nach kurzem Zögern erhebt sich das Proletariat spontan, zornentbrannt gegen die von einer Handvoll Stahlhelmler eingesetzte Diktatur der Generale und Junker. [...] Proletarier in Stadt und Land! Unter der Fahne der proletarischen Diktatur, der Herrschaft der Arbeiterräte, sammelt Euch zum Kampf gegen die Militärdiktatur. Zur Eröffnung dieses Kampfes führt der Generalstreik.«²⁸

Paul Levi, der sich seit dem 22. Januar 1920 auf Befehl Noskes in sogenannter Schutzhaft befand²⁹ und den Kontakt zu seinen Genossen nur über seine Sekretärin Mathilde Jacob aufrechterhalten konnte, die ihn regelmäßig im Gefängnis besuchte, konnte erst mit einem Brief vom 16. März 1920, verfasst im »Zellengefängnis Lehrterstraße«, in die Debatten in der Führung der KPD eingreifen.³⁰ In diesem Brief an die Zentrale der KPD, der wenige Wochen später auch in der internationalen Parteipresse veröffentlicht wurde, stellte er fest, dass die

²⁵ Jacob Walcher, Die Zentrale der KPD (Spartakusbund) und der Kapp-Putsch, in: Die Kommunistische Internationale, Moskau, 1926, Heft 4, S. 390-411, hier: S. 392 f.

²⁶ Vgl. dazu: Die Rote Fahne, Berlin, 15. Dezember 1919.

²⁷ Ebenda.

²⁸ Aus dem Aufruf der KPD vom 14. März 1920, in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 3, Berlin (DDR) 1966, S. 586 f.

²⁹ Bei einem gerichtlichen Haftprüfungstermin am 4. März 1920 war zwar die sofortige Freilassung von Ernst Däumig angeordnet worden, Paul Levi blieb aber in Haft, da er nach Auffassung des Gerichts weiterhin eine »Gefahr für die Sicherheit des Reiches« darstellen würde. Vgl. dazu: Die Rote Fahne, Berlin, 5. März 1920. Er wurde erst am 24. März 1920 freigelassen.

³⁰ Paul Levi hatte zu diesem Zeitpunkt, entgegen zahlreichen Darstellungen, in denen er als »Parteivorsitzender« bezeichnet wurde, keine offizielle Funktion in der KPD. Er hatte wegen seiner Inhaftierung nicht am 3. Parteitag in Karlsruhe (25. und 26. Februar 1920) teilnehmen können und hatte auch nicht in Abwesenheit für die neue Zentrale kandidiert. Er wurde erst auf dem 4. Parteitag in Berlin (14. und 15. April 1920) wieder als Mitglied der Zentrale gewählt.

Ablehnung des Generalstreiks durch die KPD ein »moralischer und politischer Bankrott« gewesen sei und die Partei damit »der größten Aktion des deutschen Proletariats in den Rücken« gefallen wäre.³¹

Vor allem kritisierte Levi, dass die Führung der KPD auch in ihrem zweiten Aufruf, also am 14. März 1920, nicht mit klaren und zeitgemäßen Losungen an die Öffentlichkeit getreten sei. Er vertrat die Auffassung, dass die KPD in ihrem Aufruf die sofortige »Bewaffnung des Proletariats zur Sicherung der Republik«, die »bedingungslose Kapitulation der Kapp und Lüttwitz« und die »Verhaftung der Führer des Putsches und Aburteilung durch ein proletarisches Ausnahmegericht« hätte fordern müssen.³²

Als Levi den Brief an die Zentrale der KPD schrieb, hatte der Generalstreik bereits begonnen. Schon in den Nachmittagsstunden des 13. März 1920 war das öffentliche Leben in weiten Teilen Deutschlands zum Erliegen gekommen. Am 14. März 1920 herrschte in Berlin eine ungewöhnliche Stille, wie Zeitzeugen berichteten.³³ Ab dem 15. März 1920, einem Montag, hatte der Generalstreik ganz Deutschland mit voller Wucht erfasst.

Eine zentrale, reichsweite Streikleitung gab es nicht und konnte es unter den konkreten politischen, aber auch logistischen Bedingungen nicht geben.³⁴ Dennoch beteiligten sich in ganz Deutschland zwischen dem 13. und 21. März 1920 etwa 12 Millionen Menschen am Generalstreik. In allen Teilen Deutschlands bildeten sich spontan örtliche und regionale Streikleitungen, Aktionsausschüsse und Arbeiterräte, in denen vor allem Vertreter von USPD und KPD, aber auch der SPD und der Gewerkschaften, ungeachtet ihrer unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Auffassungen, zusammenwirkten. Denn wichtiger war in diesen Tagen das, was sie verband und einte: Die Ablehnung der Militärherrschaft und die Verteidigung der politischen Errungenschaften der Novemberrevolution. Der bereits zitierte Sebastian Haffner sprach in diesem Zusammenhang von einer »spontanen Solidarität des Denkens und Fühlens«.³⁵ Oder wie Clara Zetkin im Frühsommer 1920 betonte: »Ganz gleich, wie die Kampfeslosungen der verschiedenen sozialistischen Parteien und der Gewerkschaftsorganisationen lauteten: proletarische Massen fanden sich zusammen in einer Front, nicht zusammengehalten durch papierne Resolutionen und Formeln der Führer und Instanzen, sondern zusammengeschweißt in Aktion und Kampf durch die im Licht der praktischen Erfahrungen begriffene Klassenlage.«³⁶ Und es ist notwendig und angemessen, an dieser Stelle auch Rosa Luxemburg zu zitieren, die bereits 1910 festgestellt hatte: »Die moderne proletarische Klasse führt ihren Kampf nicht nach irgendeinem fertigen, in einem Buch, in einer Theorie niedergelegten Schema, der moderne Arbeiterkampf ist ein Stück in

³¹ Paul Levi, An die Zentrale der KPD, Berlin, 16. März 1920, SAPMO-BArch, Berlin, RY 1/274, Blatt 480-482.

³² Ebenda, Blatt 481.

³³ Sebastian Haffner, der damals gerade einmal 12 Jahre alt, erinnerte sich später: Seit dem Vorabend »gab es keine Zeitungen, und [...] auch kein Licht. [...] Es gab] auch kein Wasser. Auch die Post bestellte nicht. Es fuhren auch keine Verkehrsmittel. Und die Läden waren geschlossen. Es gab, mit einem Wort, überhaupt nichts. [...] Es geschah sogar gewissermaßen weniger als nichts, nämlich nicht einmal das, was an jedem gewöhnlichen Tag ohnehin geschieht. Keine Schießereien, keine Demonstrationen, keine Aufläufe und Straßendiskussionen. Nichts.« Vgl. dazu: Sebastian Haffner, Geschichte eines Deutschen. Die Erinnerungen 1914-1933, Stuttgart und München 2000 (eBook).

³⁴ In Berlin gab es eine »Zentralstreikleitung«, deren Wirksamkeit jedoch auf die Reichshauptstadt beschränkt blieb.

³⁵ Sebastian Haffner, Die verratene Revolution, a.a.O.

³⁶ Clara Zetkin, Die Lage in Deutschland, in: Die Kommunistische Internationale, Moskau-Leningrad, 1920, Heft 12, S. 155-161, hier: S.157.

der Geschichte, ein Stück der Sozialentwicklung, und mitten in der Geschichte, mitten in der Entwicklung, mitten im Kampf lernen wir, wie wir kämpfen müssen.«³⁷

Der Generalstreik zeigte sehr schnell Wirkung. Er nahm, um noch einmal Sebastian Haffner zu zitieren, »der Putschregierung in Berlin vom zweiten Tage ihrer Existenz an jede Möglichkeit zu regieren. Alle Verbindungen zwischen Hauptstadt und Provinzen waren abgeschnitten. Auch in Berlin selbst verloren Militär und Bürokratie die Bevölkerung rapide aus dem Griff. Der »neuen Regierung« waren die Sehnen und die Stimmbänder durchgeschnitten; die Staatsmaschine lief leer. Selbst mit den örtlichen Truppenteilen gab es Verbindung nur noch durch Kuriere und Meldegänger. Vergeblich verfassten Kapp und seine Mitarbeiter begütigende Aufrufe zur Wiederaufnahme der Arbeit, vergeblich versprachen sie Neuwahlen, vergeblich dekretierten sie die Todesstrafe für Streikführer, vergeblich nahmen sie das Dekret wieder zurück. Nichts von alledem drang über das Berliner Regierungsviertel hinaus. Die Putschregierung in Berlin war nach drei Tagen Generalstreik ebenso ohnmächtig geworden wie die Exilregierung in Stuttgart. Beide beherrschten nur noch ihre Vorzimmer.«³⁸

Am 17. März 1920 mussten die Putschisten aufgeben. Kapp floh nach Schweden, von Lüttwitz brachte sich wenige Tage später in Österreich in Sicherheit, nachdem er zunächst vergeblich versucht hatte, den Putsch allein weiterzuführen.

Die Reichsregierung kehrte nach Berlin zurück. Nun ging es für sie darum, so schnell wie möglich, »Ruhe und Ordnung« wiederherzustellen.

Die Gewerkschaften waren allerdings nicht bereit, den Generalstreik sofort und vor allem bedingungslos zu beenden. Am 18. März 1920 übermittelte Carl Legien in seiner Eigenschaft als »Sprecher für die Arbeitsgemeinschaft der Freien Angestelltenverbände und des Deutschen Beamtenbundes und der Gewerkschaften«, wie es im offiziellen Protokoll der Reichsregierung³⁹ hieß, in einer Besprechung am Sitz des Preußischen Staatsministeriums eine Reihe von Forderungen, die in einem Neun-Punkte-Programm zusammenfasst waren.⁴⁰

Ausdrücklich verlangten die Gewerkschaften »entscheidenden Einfluß [...] auf die Umgestaltung der Regierungen im Reich und in den Ländern sowie auf die Neuregelung der wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetzgebung«.⁴¹ Alle am Putsch beteiligten Truppen und Personen sollten entwaffnet und bestraft werden. Und schließlich wurde die sofortige Abberufung des in der Arbeiterschaft allgemein verhassten Noske als Minister gefordert.

Unter den gegebenen Umständen sah sich die Reichsregierung gezwungen, das Neun-Punkte-Programm, wenn auch in deutlich abgeschwächter Form, zu akzeptieren, wobei wohl von Anfang an allen Beteiligten klar war, dass die Reichsregierung weder bereit noch in der Lage sein würde, dieses Programm auch nur ansatzweise zu erfüllen. Dennoch riefen die

³⁷ Rosa Luxemburg, Der politische Massenstreik und die Gewerkschaften, Rede in der Generalversammlung der Freien Gewerkschaften in Hagen, 1. Oktober 1910, in: Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Band 2, Berlin (DDR) 1986, S. 4633–483, hier: S. 465.

³⁸ Sebastian Haffner, a.a.O.

³⁹ Niederschrift über Verhandlungen zwischen Mitgliedern der Preußischen Regierung, der Reichsregierung, Vertretern der Mehrheitsparteien und der Gewerkschaften am 18. März 1920 im Preußischen Staatsministerium, in: www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919-1933/10a/bau/bau1p/kap1_2/kap2_206/para3_1.html (19. Februar 2020, 15.50 Uhr).

⁴⁰ Neun-Punkte-Programm des ADGB, der Afa und des DBB vom 18. März 1920, in: Erwin Könnemann u.a. (Hg.), Arbeiterklasse siegt über Kapp und Lüttwitz, Berlin (DDR) 1971, Dokument 72.

⁴¹ Ebenda.

Gewerkschaften am 20. März 1920, wenn auch vorerst vergeblich, zur sofortigen Beendigung des Generalstreiks auf. Am 22. März 1920 erneuerten sie, diesmal ausdrücklich unterstützt von SPD und USPD, die Aufforderung, den Generalstreik zu beenden. Im Verlauf des 23. März 1920 wurde schließlich fast überall in Deutschland die Arbeit wieder aufgenommen.

In vielen Teilen Deutschlands gingen die bewaffneten Kämpfe jedoch weiter. In Sachsen war es der legendäre Max Hoelz, der eine Rote Garde aufgestellt hatte und besonders im Vogtland im Stile eines modernen Robin Hood operierte. Auch in Thüringen entstanden in kürzester Zeit Proletarische Hundertschaften, die den Kampf gegen Reichswehr, Freikorps und rechte »Bürgerwehren« aufnahmen.

Den Höhepunkt der bewaffneten Kämpfe erlebte das Ruhrgebiet. Dort hatte sich in den Tagen des Kapp-Lüttwitz-Putsches eine Rote Armee mit rund 60 000 bewaffneten und zum größten Teil weltkriegserfahrenen Kämpfern gebildet. Die proletarischen Truppen gingen entschlossen gegen die Reichswehr und die im Ruhrgebiet stationierten Freikorps vor und konnten bis zum 23. März 1920 mehrere große Städte und die umliegenden Gebiete, u.a. Bochum, Dortmund, Duisburg, Hamborn und Hamm, »erobern«. Am 14. März 1920 hatten im Bezirk Niederrhein Vertreter von KPD, SPD und USPD ein Bündnis zur Abwehr des Kapp-Lüttwitz-Putsches geschlossen und einen Aufruf erlassen, in dem sie erklärten: »Der einheitliche Kampf ist zu führen mit dem Ziele: 1. Erringung der politischen Macht, durch die Diktatur des Proletariats bis zum Siege des Sozialismus, auf der Grundlage des Rätessystems. 2. Sofortige Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige.«⁴² Ausgehend von diesem Aufruf bildeten sich in vielen Orten spontan lokale Arbeiterräte, die umgehend die politische Macht übernahmen. So konstituierte sich am 25. März 1920 in Essen ein »Zentralrat der Arbeiterräte«, eine vergleichbare »Zentrale« entstand auch in Hagen.

Doch auch im Ruhrgebiet fehlte eine zentrale Führung, die für ein einheitliches und koordiniertes Vorgehen der Ruhrkämpfer erforderlich gewesen wäre.

Die Reichsregierung versuchte zunächst, die Lage im Ruhrgebiet durch Verhandlungen wieder unter ihre Kontrolle zu bringen. Eine Delegation unter Leitung des eigens zu diesem Zweck ernannten Reichs- und Staatskommissars für das rheinisch-westfälische Industriegebiet, des Sozialdemokraten Carl Severing, wurde nach Bielefeld entsandt, wo am 24. März 1920 mit Vertretern der linken Parteien und der Gewerkschaften das Bielefelder Abkommen ausgehandelt wurde. In siebzehn Punkten wurde u.a. die sofortige Einstellung der Kämpfe, die Ablieferung der Waffen und die Straffreiheit für alle Angehörigen der Roten Ruhrarmee vereinbart. Allerdings hatte die Reichsregierung – mit voller Absicht – weder Vertreter der Reichswehr noch der Freikorps an den Verhandlungen beteiligt, die sich folglich nicht an die Festlegungen des Bielefelder Abkommens gebunden fühlten.

Denn die weiterhin von der SPD geführte Reichsregierung war keineswegs gewillt, das Bielefelder Abkommen auch zu erfüllen. Sie entsandte, entgegen den Vereinbarungen, buchstäblich nur Stunden nach der Unterzeichnung Militär in das Ruhrgebiet, um die Aufständischen doch noch gewaltsam niederzuwerfen. Zu den Truppen, die zwischen dem 27. März und dem 12. April 1920 ein unvorstellbares Blutbad mit mehreren Tausend Toten

⁴² Aufruf gegen die Putschregierung – Niederrhein, 14. März 1920 (www.deutsche-revolution.de/aufruf-gegen-die-putschregierung-niederrhein, 29. Dezember 2019, 23.00 Uhr)

anrichteten, gehörte bezeichnenderweise auch die Marinebrigade Erhardt, die nur Tage zuvor die entscheidende militärische Kraft beim Kapp-Lüttwitz-Putsch gewesen war.

Als Bilanz aus den Ereignissen und Entwicklungen in Deutschland in den Tagen des Kapp-Lüttwitz-Putsches bleibt festzuhalten, dass große Teile der Arbeiterschaft – und in ihrem Gefolge auch der übrigen Bevölkerung – offensichtlich bereit und entschlossen gewesen waren, sich aktiv an einem politischen Generalstreik zur Verteidigung der Weimarer Republik zu beteiligen, von der sie weiterhin die Verwirklichung ihrer Erwartungen und Wünsche aus den Tagen der Novemberrevolution erhofften. Diese Mehrheit war aber nicht bereit, sich einer neuen – diesmal sozialistischen – Revolution mit ungewissem Ausgang anzuschließen. Alle Versuche, die Kämpfe zur Abwehr des Putsches in Richtung einer neuen Revolution weiterzutreiben, blieben deshalb isolierte Ereignisse von höchstens regionaler Wirkung. Weder der linke Flügel der USPD noch die KPD, die sich erst Wochen zuvor, während des Parteitages in Karlsruhe Ende Februar 1920, von den radikalen Kräften in ihren Reihen getrennt und dabei mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder verloren hatte, waren in der Lage, eine deutschlandweite Führungsrolle zu übernehmen.

Trotzdem hätte die Möglichkeit bestanden, die gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland nachhaltig zu verändern. Die Führung der USPD hatte nach dem Ende des Kapp-Lüttwitz-Putsches erneut den Vorschlag unterbreitet, eine sogenannte Arbeiter- oder auch sozialistische Regierung aus SPD und USPD zu bilden, die von den Gewerkschaften und ihren nahezu 10 Millionen Mitgliedern getragen und durch das Bekenntnis breiter Teile der Bevölkerung zur Weimarer Republik gestützt worden wäre.⁴³ Eine solche Regierung hätte entschlossen gegen die republikfeindlichen Kräfte im Militär, in der Verwaltung und nicht zuletzt in der Justiz vorgehen und damit die Weimarer Verfassungsordnung nachhaltig stabilisieren können. Dass das nicht geschah, trug wesentlich zur fortschreitenden Schwächung der Weimarer Republik bei und führte letztlich zu ihrem schmachvollen Ende.

Doch im März 1920 wollte die Führung der SPD um beinahe jeden Preis die »Weimarer Koalition« fortsetzen, obwohl die Demokratische und die Zentrumsparterie mit ihrer Weigerung, den Aufruf zum Generalstreik vom 13. März 1920 zu unterstützen, das – mit Unterbrechungen – seit Februar 1919 bestehende Regierungsbündnis de facto bereits aufgekündigt hatten. Die Fraktion der SPD in der Nationalversammlung machte ihre Bereitschaft zur Bildung einer »Arbeiterregierung« dennoch von der Zustimmung der bürgerlichen Parteien der bisherigen Regierungskoalition abhängig⁴⁴, wohlwissend, dass es eine solche Zustimmung nicht geben würde.

⁴³ In einer Erklärung vom 21. März 1920, die vermutlich erst am 23. März 1920 verfasst und dann am 26. März 1920 in der »Roten Fahne« veröffentlicht wurde, stellte die Zentrale der KPD fest: »Die KPD sieht in der Bildung einer sozialistischen Regierung unter Ausschluß von bürgerlich-kapitalistischen Parteien einen erwünschten Zustand für die Selbstbetätigung der proletarischen Massen und ihr Heranreifen für die Ausübung der proletarischen Diktatur. Sie wird gegenüber der Regierung eine loyale Opposition treiben, solange diese Regierung die Garantien für die politische Betätigung der Arbeiterschaft gewährt, solange sie die bürgerliche Konterrevolution mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft und die soziale und organisatorische Kräftigung der Arbeiterschaft nicht hemmen wird. Unter loyaler Opposition verstehen wir: Keine Vorbereitung zum gewaltsamen Umsturz, bei selbstverständlicher Freiheit der politischen Agitation der Partei für ihre Ziele und Losungen.« Der Berliner Parteitag Anfang April 1920 wies das in dieser Erklärung formulierte Angebot einer »loyalen Opposition« mit großer mehr als »opportunistisch« zurück.

⁴⁴ Vgl. dazu: Franz Krüger, Diktatur oder Volksherrschaft? Der Putsch vom 13. März 1920. Sein Verlauf und seine Lehren, Berlin 1920, S. 31.

Die Rechnung wurde der SPD bei den Reichstagswahlen am 6. Juni 1920 präsentiert. Im Vergleich zu den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 verlor sie fast die Hälfte ihrer Wählerstimmen und ein Drittel der Mandate. Mit anderen Worten, um ein letztes Mal Sebastian Haffner zu zitieren: »Bei dieser Wahl erhielt die SPD die Quittung für ihren großen Verrat an der Revolution, den sie nach dem Kapp-Putsch noch einmal so eindrucksvoll bestätigt hatte.«⁴⁵

⁴⁵ Sebastian Haffner, a.a.O.